

Extrem geringe Beteiligung von Frauen bei Kosovo-Verhandlungen

Bei den Direktverhandlungen über den Status des Kosovo in Wien nehmen trotz der im Jahr 2000 verabschiedeten UNO-Resolution 1325, die die Beteiligung von Frauen bei Friedensgesprächen fördert, kaum Frauen teil. Frauen sind von den Problemen, die sich nach einem militärischen Konflikt in einem Land stellen, jedoch ebenso betroffen wie Männer. Von der Militarisierung der Gesellschaften sind Mädchen und Frauen zudem in weit stärkerem Ausmaß betroffen als Männer. Aus diesem Grund ist es ein unabdingbarer Schritt, sie in alle Bereiche des Entscheidungsprozesses einzubinden, und zwar in gleicher Stärke und gleicher Anzahl.

„Frauen müssen bei Friedensverhandlungen und dem Wiederaufbau von krisengeschüttelten Gebieten ihre Vorstellungen gleich einbringen können wie Männer“ betont Frau Mag. Brigitte Brenner, Präsidentin des österreichischen Nationalkomitees von UNIFEM. Frauen und Mädchen sind noch immer die größten Leidtragenden in bewaffneten Konflikten. Aus diesem Grund bedarf es stärkerer Maßnahmen, um diese Gruppen auf jeder Ebene der Friedenssicherung und -konsolidierung einzubeziehen. Zu diesen Maßnahmen zählen humanitäre Einsätze ebenso wie Wiederaufbau-, Rehabilitations- und Abrüstungsprogramme.

Die Länder des Balkans erleben noch immer eine Zeit bedeutender wirtschaftlicher, politischer und sozialer Restrukturierung und Reformprozesse. Die Instabilität, die in Regionen wie dem Kosovo vorherrscht, birgt vor allem für Frauen eine große Gefahr. Prostitution, Arbeitslosigkeit, häusliche Gewalt und Menschenhandel sind häufige Begleiterscheinungen und betreffen vor allem Mädchen und junge Frauen. Die baldige Klärung des endgültigen Status des Kosovo ist demnach eine wichtige Vorbedingung für die Verbesserung der Situation von Frauen, auch hinsichtlich mehr Gender-Gerechtigkeit.

Die UN-Resolution 1325 zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ruft explizit zur Anerkennung geschlechtsspezifischer Perspektiven bei Friedensbemühungen auf und fordert eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten. „Sie ist ein wichtiger Meilenstein für die feministische Friedenspolitik und sollte auch im Balkan Anwendung finden“ so Frau Mag. Brigitte Brenner. „Die nachhaltige Stärkung von Frauen kann nur dann stattfinden, wenn diese sowohl in politischen Ämtern als auch in der Wirtschaft ihren Platz einnehmen“.